



Ist ein Ausbau, wie es die Berner Solar-Initiative fordert, überhaupt realistisch? Das sehen Gegner und Befürworter unterschiedlich (Symbolbild). Bild: Keystone/Christian Beutler

Das Seeland ist produktiver

Die Solarstromproduktion ist in aller Munde. Im Kanton steht eine Volksabstimmung bevor. Warum Bütigen und Walperswil gut abschneiden und die Stadt Biel nicht.

Vanessa Naef

Der Solarexpress in den Bergen ist ins Rattern gekommen. Vorwärtsgen soll es für die Initi- anten der «Berner Solar-Initiative» auf unseren Häusern. Sie for- dern, dass Neubauten auf Dach und Fassade mit Solarpanels aus- gestattet werden. Auch wer sein Dach oder die Fassade saniert, soll eine Solaranlage installieren müssen. Bis spätestens 2040 sol- len geeignete Flächen ausgerüstet sein. Am 9. Februar befindet die Stimmbevölkerung des Kantons Bern über die Initiative sowie einen Gegenvorschlag aus dem Parlament.

Lanciert wurde die Initiative von den Grünen und Umweltor- ganisationen, unterstützt wird sie von SP, Grünliberalen und EVP. Ungewöhnlich für einen kanton- alen Wahlkampf haben sich die Energiedirektoren verschiedener Städte, darunter auch die Bie- ler Gemeinderätin Lena Frank (Grüne), für die Solar-Initiative ausgesprochen. Dies, weil Städte besonders betroffen seien. Dazu später mehr.

Lediglich melden statt verpflichten?

Eine Mehrheit im Grossen Rat war hingegen nicht überzeugt, mit 79 zu 73 Stimmen (1 Ent- haltung) lehnte sie die geplan- ten Vorschriften ab. Stattdessen hat das Kantonsparlament ei- nen Gegenvorschlag ausgearbei- tet. Für diesen macht sich unter

anderem die Nidauer Grossrä- tin Sandra Hess (FDP) stark. Für sie und das bürgerliche Komitee aus Mitte, FDP, SVP und EDU sowie Hauseigentümerverband, Bauernverband und Wirtschafts- verbände geht die Initiative «ein- deutig zu weit». Dies, weil sie nicht nur Neubauten, sondern auch Dächer und Fassaden von bestehenden Bauten einbezieht. «Es ist ein riesiger Eingriff in die Eigentumsrechte» – und die- se Investitionen kommen den Ei- gentümern teuer. «Der Gegen- vorschlag zeigt den Willen seitens bürgerlicher Seite», sagt Sandra Hess.

Der Gegenvorschlag fordert eine Solarpflicht lediglich auf geeigneten Dächern bei Neu- bauten. Ansonsten setzt er auf freiwilliges Handeln: Wer sein Dach saniert, muss den Nach- weis erbringen, ob dieses für eine Solaranlage geeignet wä- re. Eine bürokratische Lösung, die nicht gerade liberal anmu- tet. Hess: «Ja, es ist ein Formu- lar mehr, aber damit kann ich in diesem Fall leben.» Denn: «Wir wollen keine Pflicht, aber wir wollen wenigstens sicherstellen, dass sich die Menschen mit ei- ner Solaranlage auseinanderset- zen.» Und der Aufwand dazu sei nicht gross, sie verweist auf die Tools, die online einfach zu- gänglich sind, um etwa zu ermit- teln, ob man auf seinem Grund- stück genügend Sonne hat und was die Installation kosten wür- de. Zudem hat das Parlament

beim Gegenvorschlag ein Ele- ment hinzugefügt – Parkplatz- Neubauten sollen mit Solarpa- nels überdacht werden.

«Wir müssen mit kleinen, realistischen und bezahlbaren Schritten vorwärtsgen», sagt Hess und gemahnt, dass ein zu rascher Ausbau das Netz überlas- tet. Es führe weiter zu Wartezei- ten bei PV-Produzenten, heisst es beim Gegenvorschlagskomitee.

Eine Problematik, die von der Solarplattform Seeland be- stätigt wird, und die sich vor al- lem lokal bei kleineren Gemein- den zeige, sagt dessen Geschäfts- leiter Christoph Giger.

Für die Initiativ-Befürworter ist klar: Anreize genügen nicht, um das ganze Solarpotenzial auszuschöpfen. Bestehende Bau- ten böten mehr Potenzial, weil mehr saniert als neu gebaut wer- de. Die Befürworterinnen argu- mentieren auch mit einer besse- ren Versorgungssicherheit: Rund 70 Prozent der Energie, die in der Schweiz verbraucht wird, wird derzeit aus dem Ausland importiert.

Wo stehen wir jetzt?

Die Solarplattform Seeland trägt jedes Jahr in einem Mo- nitoring zusammen, wie es um die Sonnenenergie in der Re- gion steht. Die Daten zeigen, dass Ende 2023 im Seeland folgen- de Gemeinden obenaus schwin- gen: Bütigen mit einem An- teil von 44 Prozent Solarstrom;

Walperswil mit 40, Gals mit 39 Prozent.

Geschäftsleiter Christoph Gi- ger ordnet ein: Bütigen etwa habe einen geringen Stromver- brauch. Der Verbrauch hängt von der Einwohnerzahl ab und wie viel Industrie vorhanden ist. Gerade in ländlichen Ge- meinden sind viele Bauernhäu- ser, aber auch Einfamilienhäuser mit grossen Solarflächen ausge- stattet. «Dort hat es sicher einen Schub gegeben», sagt Giger. In Walperswil sind zudem 20 Aren, auf denen Beeren gepflanzt wer- den, überdacht (Agri-Photovolta- ik).

Am Ende der Rangliste: die Stadt Biel mit rund fünf Pro- zent. Für die Städte werde es schwierig, ihren Anteil auf eine Höhe wie die kleinen Gemein- den zu bringen. Der Stromver- brauch ist viel höher, und das Stadtbild in den Innenstädten mit alten Häusern, dicht be- baut, erschwert es, Solarpanels zu installieren. Einen Anteil von 40 oder gar 50 Prozent zu er- reichen, sei für Städte nicht rea- listisch. Für Dörfer allerdings sei es in den kommenden 20 Jah- ren sicher machbar, ihren Anteil dahin gehend zu steigern, so Gi- ger. Entsprechend ist auch die Äusserung der städtischen En- ergiedirektoren aus Biel, Bern, Thun und Köniz zu verstehen: Der Handlungsbedarf und das Potenzial sei gross, heisst es in einer Mitteilung. «Die urbanen Gebiete sind deshalb auf besse-

re Rahmenbedingungen für den Bau von Solaranlagen angewie- sen.» Die Initiative und in ge- ringerem Masse der Gegenvor- schlag würden so die Energie- wende vorantreiben und die re- gionale Wertschöpfung steigern. Die Solarplattform äussert sich als Verein nicht offiziell, doch Giger persönlich unter- stützt die Initiative. Zwar könne man auch ohne die Politik So- laranlagen bauen. Doch wenn es Vorgaben und Unterstützungs- beiträge gäbe, könne man noch mehr Eigentümer überzeugen. Auch der Gegenvorschlag sei ein Schritt in die richtige Richtung. Das Seeland jedenfalls hat in den letzten Jahren vorwärtsgemacht: Waren Ende 2017 nicht einmal vier Prozent Solarstrom- anteil, waren es Ende 2023 über zwölf Prozent. Schweizweit ist der Anteil in dieser Zeit von rund drei Prozent auf über acht Pro- zent angestiegen.

Dass es vorwärtsgen soll, ist ohnehin gesetzlich vorge- schrieben: Mit der Annahme des Stromgesetzes 2024 wurde fest- gelegt, dass 2035 35 Terawatt- stunden Strom aus erneuerbaren Quellen stammen sollen. Das ist fast sechsmal mehr als heute.

Zurück zur Berner Abstim- mung: Da sowohl über die In- itiative als auch den Gegenvor- schlag abgestimmt wird, können die Stimmbürgerinnen im Stich- entscheid angeben, welcher Va- riante sie bei einem doppelten Ja den Vorzug geben.

Nachrichten

Transitplatz-Vertrag verlängert

Nidau Der Nidauer Gemein- de- rat hat den Vertrag mit der Stadt Biel genehmigt, der die Weiter- führung des provisorischen Tran- sitplatzes für ausländische Fah- rende in der Region regelt. Als Fortsetzung des bisherigen Ver- trags verpflichtet sich Nidau, ei- nen Solidaritätsbeitrag von maxi- mal zwei Franken pro Einwoh- ner und Jahr zu bezahlen, wie sie mitteilt. Und hält fest, dass seit der Inbetriebnahme des pro- visorischen Transitplatzes 2023 in der ganzen Region zu keinen ille- galen Landbesetzungen mehr ge- kommen sei. (mt/bk)

Wasserschaden und Veloschränken

Aarberg In der Fussgängerun- terführung beim Bahnhof Aarberg gibt es zum wiederholten Mal ei- nen Wasserschaden. Wie die Aar- berger Bauabteilung schreibt, kam das Wasser aus einer undichten Fuge in der Decke. Der Werkhof Aarberg hat sich der Sache ange- nommen und mit einem Proviso- rium das Wasser seitwärts abge- leitet. Gleichzeitig wurden in der Unterführung Schranken mon- tiert, die Velofahrende daran hin- dern sollen, durchs Fahrverbot zu fahren. Dies sei «eine Massnah- me, welche schon früher einmal existierte und aus nicht bekann- ten Gründen einmal entfernt wur- de», schreibt die Bauabteilung von Aarberg. (mt)

Neue Gemeinderätin für Soziales und Gesundheit

Büren Der Gemeinderat von Büren hat die Ressorts zuge- teilt. Dies teilt die Gemeinde mit. Die neu gewählte Leila Scheurer (SPplus) übernimmt für die Rest- dauer der Legislatur das Ressort Soziales und Gesundheit. (mt)

Gemeinderat bewilligt Grossveranstaltungen

Nidau Der Nidauer Gemein- de- rat hat die Bewilligung für folgende Grossveranstaltungen in diesem Jahr erteilt: Einwei- hungsevent des Wärmeverbun- des Bielersee 27. bis 29. März; Nidauer Stedtlifest 24. und 25. Mai; Hausfest Ruferheim 14. und 15. Juni; Lakelive-Festival 31. Juli bis 9. August; Schlossparktheater 10. August bis 7. September; Das Zelt 26. August bis 3. Septem- ber; Mittelalterspektakel 26. bis 28. September. (mt/bk)

Leichter Gewinnrückgang gegenüber Vorjahr

Raiffeisenbank Seeland Die Raiffeisenbank Seeland habe 2024 einen Gewinn von 3,2 Mil- lionen Franken machen können. 2023 waren es 3,7 Millionen. Dennoch sei es ein erfolgreiches Jahr gewesen und die Erträge und Kosten hätten dem erwarteten Rahmen entsprochen, wie die Raiffeisenbank Seeland mit- teilt. Die Ausleihungen konnten um 3,3 Prozent und die Kunden- einlagen um 1,7 Prozent gesteigert werden im Vergleich zum Vorjahr. Der kleinere Gewinn sei unter anderem auf das Zins- niveau zurückzuführen, welches 2023 «ausserordentlich gut» ge- wesen und dieses Jahr tiefer aus- gefallen sei. (mt)